



N i e d e r s c h r i f t

**über die 16. Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses (nur Haushaltsberatung)
am 12.11.2025**

**Landkreisverwaltung Anhalt-Bitterfeld, Kreistagssitzungssaal, Am Flugplatz 1, 06366
Köthen (Anhalt)**

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:35 Uhr

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Bekanntgabe der in der letzten nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen
- 6 Informationen der Verwaltung
- 7 Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen
- 8 Beratung zur Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2026
- 9 Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Öffentlicher Teil

Punkt 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Grabner, Vorsitzender, eröffnete und leitete die 16. Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses.

Punkt 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beschlussfähigkeit

Herr Grabner stellte fest, dass keine Einsprüche zur ordnungsgemäßen Ladung vorlagen. Zu Beginn der Sitzung waren 8 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Der Kreis- und Finanzausschuss war somit beschlussfähig.

Punkt 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Änderungsanträge.
Die Tagesordnung wurde einstimmig, mit 8 bestätigt.

Punkt 4. Einwohnerfragestunde

Es gab keine Anfragen von den anwesenden Gästen.

Punkt 5. Bekanntgabe der in der letzten nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen

In der letzten nicht öffentlichen Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses am 12.11.2025 wurden keine Beschlüsse gefasst.

Punkt 6. Informationen der Verwaltung

Herr Grabner gab folgende Informationen:

Gestern gab es einen kleinen Brand in der Musikschule, dieser wurde voraussichtlich durch Brandstiftung herbeigeführt. Unter dem Treppenaufgang wurde ein Papierstapel entzündet, dadurch entfachte ein kleines Feuer, als auch eine Qualmwolke. Es wurde festgestellt, dass sich einige Rauchschutztüren nicht verschlossen haben, so dass die Stiftung die Situation prüfen lassen möchte und die Musikschule daher vorübergehend geschlossen bleibt. Eine Anzeige seitens des Landkreises ist erstattet.

Punkt 7. Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen

Die nächste Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses findet am 13.11.2025, 17.00 Uhr im Kreistagssitzungssaal statt.

Punkt 8. Beratung zur Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2026

Budget 50 – Soziales, Senioren und Inklusion (Seite 568 – 619)

Frau Petzhold und **Herr Braunsdorf** gaben umfangreiche Auskünfte über das Budget.

Seite 575, 501200, Dienstaufwendungen für Arbeitnehmer

Herr Loth fragte, warum hier ein Plus von 50.000 Euro steht?

Herr Grabner antwortete, dass sich von 2024 auf 2026 die Tarifsteigerungen dahinter verbergen.

Seite 575, 41013.73000 Notwendiger Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Hier steht eine Erhöhung um 10 % pro Jahr, laut Plan sind es aber mehr. **Herr Loth** fragte nach dem Grund?

Herr Braunsdorf antwortete, dass sich die 10 % auf die Finanzplanung bezieht. Die Planung

war aufgrund des Erfüllungsstandes und der Erwartung der Aufwendungen für das Jahr 2026 geplant.

Herr Grabner ergänzte, dass wir voraussichtlich im Jahresergebnis 2025 etwas höher kommen, als es die ursprüngliche Planung vorgesehen hatte.

Seite 575, SK 533102, 41013.73002 – Leistungen für Unterkunft und Heizung gemäß § 35 SGB

Hier fragte **Herr Loth**, warum 100.000 Euro mehr eingeplant sind?

Herr Braunsdorf sagte, dass in Einzelfällen die Heizkosten niedriger ausfallen, auf der anderen Seite sind die Kosten der Fernwärme immens gestiegen. Auch bei Gas sieht es ähnlich aus, hier sind die Preise je nach Vertrag und Anbieter sehr unterschiedlich, es gibt teilweise sehr hohe Nachzahlungen. Daher der höhere Ansatz.

Weiter fragte **Herr Loth**, warum die Bestattungskosten gestiegen sind?

Herr Braunsdorf antwortete, dass angesichts der Erhöhung der Friedhofsgebühren und der allgemeinen Preissteigerungen die Aufwendungen steigen, so dass auch mehr Personen die Leistungen geltend machen werden.

Seite 592, SK 414104 – Zuweisungen vom Land für Leistungen der Grundsicherung

Hier gibt es eine große Schwankung. Die allgemeinen Zuweisungen, die wir bekommen, steigen in 2025 stark an, um dann 2026 um fast die Hälfte zu sinken. **Herr Loth** fragte, wie hier dieser Wert zustande kommt?

Herr Braunsdorf antwortete, dass es sich hier um den Anteil handelt, den das Land trägt. Das heißt, die Leistungen der Grundsicherung belasten den Landkreishaushalt nicht und dementsprechend werden weniger Aufwendungen geplant. Daher gibt es, wenn wir mit weniger Aufwendungen rechnen, weniger Erträge.

Seite 593, SK 501200 – Dienstaufwendungen für Arbeitnehmer

Hier steigen die Kosten für die Arbeitnehmer von 415.000 Euro in 2024 auf 550.000 Euro in 2025. **Herr Loth** wollte wissen, ob noch eine neue Stelle hinzukommt?

Herr Grabner antwortete, dass es sich hier um normale Tarifsteigerungen handelt.

Seite 594, 53310.40051 – Leistungen der Unterkunft und Heizung für Personen nach § 41 (3) und gemäß § 35 SGB XII

Herr Loth fragte: Warum sinken hier die Ausgaben für die Unterstützung der Werkstätten um 400.000 Euro?

Herr Braunsdorf antwortete, dass es auch aufgrund des derzeitigen Erfüllungsstandes so geplant ist. Es liegt daran, wie viele Personen die Werkstatt besuchen und für diesen Personenkreis müssen wir die Aufwendungen gesondert ausweisen, das war eine Forderung des Bundes. Besuchen weniger Personen die Werkstätten, haben wir weniger Aufwendungen und wir gehen davon aus, dass sich das die nächsten Jahre so fortsetzen wird.

Weiter wollte **Herr Loth** Folgendes wissen: Bei den Kosten der Unterkunft nehmen wir ca. 17,5 Mio. Euro ein und geben 29,9 Mio. Euro aus. Warum haben wir so eine große Differenz?

Herr Braunsdorf sagte, dass dies die Leistungen des Jobcenter betrifft, welches gesondert beraten wird.

Frau Zoschke hat an vielen Stellen festgestellt, dass wir 2025 und 2026 auf die pauschale Einzelwertberichtigung verzichten. Bei einigen Stellen steht eine kleine Summe, aber bei vielen steht eine Null. Hierfür hätte **Frau Zoschke** gerne eine Erklärung.

Herr Lucas sagte, dass die pauschale Einzelwertberichtigung bei jedem einzelnen Produkt mit geplant werden soll, wir orientieren uns hier an den Vorjahreswerten. Aktuell gibt es einmal jährlich eine Abstimmung innerhalb der Verwaltung zu den offenen Posten, aufgrund dessen ergeben sich nicht nur die Einzelwertberichtigungen, sondern auch eine Pauschalwertberichtigung, diese orientieren sich an der Vergangenheit.

Frau Zoschke sagte, wenn eine gewisse Summe in 2024 steht, ist das die Summe, die wir auch in 2024 insgesamt berichtigt haben. Das Problem fängt da an, wo wir für 2025 eine konsequente 0 stehen haben. Heißt das, wir machen keine Einzelwertberichtigung mehr oder kommt es erst wieder zu den Jahresabschlüssen?

Herr Lucas sagte, dass die Zahlen erst zum Jahresabschluss feststehen. Wir führen die Pauschalwertberichtigung im Zuge des Jahresabschlusses mit durch, es wird nach der Fälligkeit der Forderungen geschaut, wie alt die Forderungen sind und bereinigen diese dann in verschiedenen Schritten. Beachtet werden muss, dass es das Jahresergebnis mit belastet.

Weiterhin sagte **Frau Zoschke**, dass das Teilhabemanagement bedacht wurde, aber dieses veranstaltet auch eine ganze Menge an Inklusionsnetzwerktreffen; diese Netzwerktreffen sind mit Aufwand (Miete, Versorgung) behaftet. Wo findet man diese Haushaltskosten?

Frau Petzhold antwortete, dass wir für das Teilhabemanagement zu 85 % vom Land gefördert bekommen, wir als Landkreis müssen den Eigenanteil leisten. Wo dieser geplant ist, kann **Frau Petzhold** derzeit nicht sagen, das müsste nachgeliefert werden.

Frau Zoschke geht davon aus, dass weiterhin Inklusionsnetzwerktreffen veranstaltet werden.

Herr Grabner sicherte eine schriftliche Antwort zu.

Es gab keine weiteren Fragen.

Budget 51 – Kinder, Jugend und Familie (Seite 620 – 690)

Frau Kirchhof und **Herr Böhme** gaben umfangreiche Auskünfte über das Budget.

Herr Schütz dankte für die gut vorbereitete und übersichtliche Präsentation. Weiter fragte **Herr Schütz**, ob die größten Veränderungen im Fachbereich dadurch entstanden, weil die Stabstelle etabliert wurde?

Herr Böhme antwortete, dass insbesondere im Bereich der übrigen Hilfen, aber auch einzelne Posten ausgegliedert wurden und diese sind in der Stabstelle enthalten.

Seite 654, SK 533217, Unterbringungs- und Betreuungsaufwendungen in Einrichtungen gemäß § 34 SGB VIII

Herr Schlegel fragte, warum die Kosten um 1,2 Mio. Euro sinken?

Herr Böhme antwortete, dass hier mit der kostenintensivsten Posten – Heimerziehungen – enthalten ist. Auf Basis der Hochrechnungen wurde der Jahresstand ermittelt und somit wurde der Erfüllungsstand für das nächste Jahre mit angesetzt. Letztlich versuchen wir, die ambulanten Maßnahmen (Familienhilfe, Erziehungsbeistände, etc.) zu intensivieren, damit solche stationären Maßnahmen nicht notwendig sind. Die Fallzahl reduziert sich.

Herr Loth fragte bzgl. des Unterhaltsvorschusses: Wir bekommen 70 % der gezahlten Summen vom Land erstattet und 30 % tragen wir selber. Falls doch mal jemand seine Vorschüsse an uns zurückbezahlt, bekommt dann das Land 100 % oder auch nur 70 %?

Herr Böhme antwortete, dass 70 % das Land und 30 % wir bekommen.

(Herr Schütz gegangen)

Seite 658, SK 501200 Dienstaufwendungen für Arbeitnehmer

Weiter fragte **Herr Loth**, warum die Arbeitnehmerkosten erst angestiegen und dann wieder gesunken sind.

Frau Wähnelt antwortete, dass eine Person weniger vorhanden ist.

Herr Grimm ergänzte, dass wir speziell zusätzliches Personal hatten, als die Welle mit den unbegleiteten minderjährigen Ausländern auf uns zukam. Durch Fallzahlbemessungen wurde dies dann in reguläres Personal umgewandelt und wir haben diesen Bereich nicht nachbesetzt, sondern die UMA-Fälle mit auf die Sozialarbeiter verteilt.

Es gab keine weiteren Fragen.

Budget 55 – Jobcenter (Seite 718 – 754)

Frau Käbisch und **Herr Küchler** gaben umfangreiche Informationen über das Budget.

Frau Käbisch führte aus, dass im Vergleich zum Vorjahr 12 Stellen abgebaut werden konnten, damit werden erhebliche Personalkosten eingespart. Trotz dieser Einsparungen sind die Personalkosten um ca. 21.000 Euro durch die Tarifsteigerungen gestiegen.

Herr Grabner sagte, dass aufgepasst werden muss, kein weiteres Personal abzubauen. Ansonsten liegen wir unter dem refinanzierbaren Personal durch den Bund.

Frau Zoschke sagte, dass zum einen Stellen abgebaut wurden, wir haben aber beim Forderungsmanagement noch keine gravierenden Erfolge erzielt. Wäre es nicht besser gewesen, wenn wir statt Stellenabbau Stellen umbesetzt hätten?

Herr Grabner sagte, dass die Erfolgsaussichten abgewägt werden müssen, wenn hier mehr Personal eingesetzt wird und demgegenüber steht, was ggf. reingeholt werden kann.

Herr Lucas fügte hinzu, dass der Haushalt im Gesamten betrachtet werden muss. Jedes Jahr gibt es den Hinweis seitens der Kommunalaufsicht, dass der Personalbereich kritisch hinterfragt werden soll, inwieweit dieser zukünftig mit reduziert werden kann. Intern wird bis zum Kreistag erarbeitet, ca. 5 % der Stellen im Stellenplan in den nächsten Jahren insgesamt zu reduzieren. Übergeordnet ist zu sagen, dass der Landkreis verpflichtet ist, sich den Personalbestand mit anzuschauen.

Frau Käbisch sagte, dass das Personal im Forderungsmanagement kein pauschalbildendes Personal ist, d. h., wenn man ein Forderungsmanagement aufbaut, müsste man abrechenbares Personal wieder ansetzen. Hier würden die Verwaltungskosten wieder erhöht werden, was in Relation zu den ggf. Einnahmen gesetzt werden muss. Es muss daher eine Kosten-Nutzen-Abwägung erfolgen.

Frau Zoschke sagte, wenn wir an diese Forderungssumme denken, bleibt diese bei Nichtunternehmungen dauerhaft bei uns hängen, es muss bereinigt werden. Daher muss mehr Protest nach Außen gezeigt werden.

Frau Käbisch erklärte weiter, dass Stellenabbau vorrangig im Service und Vermittlungsbereich stattfand.

Auf die Fragen von Herrn Heeg, wo Einsparpotenzial und Effizienzmaßnahmen gesehen werden, sagte **Frau Käbisch** Folgendes:

Es soll über Desk-Sharing nachgedacht werden, um konkrete Bürokosten einzusparen. Es wird an einer neuen Struktur gearbeitet, um mehr Effizienz zu erreichen. Unumgänglich wäre die Ausarbeitung eines ordentlichen Prozessmanagements.

Es wird derzeit mit der Kämmerei erarbeitet, wie wir das Thema Aufrechnung besser in den Griff bekommen können. Wenn die offenen Forderungen gleich mit den Leistungsansprüchen verrechnet werden können, würden sich Mahnungen, Vollstreckungen, etc. erübrigen. Das setzt voraus, dass die Mitarbeiter im Leistungsbereich unproblematisch die Aufrechnung berechnen können, man braucht eine gute Datenqualität, was sich bisher schwierig gestaltet. Es wird versucht, ein neues Programm zu eruieren, so dass langfristig verhindert wird, dass ein großer Aufwuchs zu den bereits offenen Rückständen hinzukommt.

Frau Buchheim sagte, dass es eine rechtliche Verpflichtung des Landkreises sei, die Zahlungen einzuholen, wenn die Zahlungen nicht zu 100 % beim Landkreis bleiben, sondern zum Teil auch an andere Leistungsträger zurückgezahlt werden müssen. Sollte der Landkreis hier seiner gesetzlichen Pflicht nicht nachkommen, wäre das eine Untreu-Handlung.

Frau Käbisch antwortete, dass mit den zur Verfügung stehenden Mitteln der Verpflichtung nachgekommen wird, es werden Fälle bearbeitet, aber es ist nur das möglich, was mit der Belegschaft am Ende bearbeitet werden kann.

Es sind auch viele Altforderungen dabei, welche verjährt sind.

Herr Heeg sagte, dass der Begriff der Untreue ein Straftatbestand sei und kann nur von Per-

sonen begangen werden, Behörden unterliegen nicht dem Strafrecht. Daher geht die Bemerkung von Frau Buchheim ins Leere.

Weiterhin sagte **Frau Käbisch**, dass versucht wird, Personalkosten einzusparen, indem mit Fördermittelprogrammen gearbeitet wird. Weiter soll die Digitalisierung vorangetrieben werden, was langfristig gesehen Kapazitäten sparen kann.

Frau Zoschke ging auf die Aussage ein, dass die Sachverständigen-, Gerichts- und andere Kosten reduziert wurden, gleichzeitig ist bei den Widersprüchen aber eine Erhöhung zu verzeichnen. Warum ist dies so?

Auf Seite 732, 421100 – Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen – gibt es eine um fast 50 % Reduzierung, warum?

Hier antwortete **Herr Küchler**, dass es sich um die Einzahlungen von den einzelnen natürlichen Personen handelt, diese haben wir an den Verlauf der letzten Jahre angepasst. Es kam in diesem Jahr weniger rein, daher wurde für 2026 weniger geplant.

Frau Zoschke fragte weiter: Auf Seite 750 wurde nichts mehr für die Schülerbeförderung in Ansatz gebracht?

Herr Küchler antwortete, dass es in diesem Jahr keinen einzigen Fall gab, deshalb wurde auch nicht explizit für das nächste Jahr geplant, da der Bedarf sehr gering ist und die einzelnen Leistungen untereinander deckungsfähig sind.

Auf Seite 754 gibt es Sachkosten für die Jobkoordination, aber es ist nichts mehr für die Koordinierungsstelle eingeplant. Gibt es diese nicht mehr?

Frau Käbisch antwortete, die Koordinierungsstelle ist noch nicht Bestandteil im aktuellen Planungsstand. Selbstverständlich ist diese im Plan enthalten.

Zum Mahnverfahren sagte **Frau Käbisch**, dass die Mahnwelle von den Altforderungen „reingeschlagen hat“. Es werden Mahngebühren erhoben, aber aufgrund der Verjährung vieler Forderungen mussten dafür Anwaltskosten eingeplant werden. Daher wurde dieser Posten erhöht.

Es gab keine weiteren Anfragen.

Budget 40 – Schule, Kultur und Sport – Schulverwaltung (Seite 397 – 523)

Frau Ludwig gab umfangreiche Informationen über das Budget.

Einsparpotenziale sind auf der Aufwandsseite aufgrund der Erfüllung von Pflichtaufgaben nicht ersichtlich, allerdings können auf der Ertragsseite möglicherweise die Einnahmen durch die Mieterhöhung im Jugendwohnheim erhöht werden. Dies wird derzeit geprüft.

Die Effizienzsteigerung sieht **Frau Ludwig** im Budget 40 im Bereich der Digitalisierung. Die BAföG-Anträge werden teilweise online gestellt, allerdings fehlt eine Schnittstelle zum Fachverfahren, was derzeit mit erheblichem Mehraufwand bedeutet.

Herr Loth sagte bzgl. der internen Leistungsverrechnung, dass diese sehr schwankt. Er fragte, wie es zu diesen starken Schwankungen kommen kann?

Herr Lucas sagte, dass die Kosten der Bewirtschaftung der Schulen mit enthalten sind, d. h. die Unterhaltung, Strom, Gas, Wasser, etc. Weiterhin haben bestimmte Schulen aufgrund des Alters einen erhöhten Unterhaltungsbedarf, der beispielsweise bei Havarien kurzfristig auftritt; dadurch bedingt gibt es Schwankungen. Sollte es im Budget 68 Änderungen bei der Wertunterhaltung der Gebäude geben, hat das direkte Auswirkungen auf die interne Leistungsverrechnung. Im Nachgang werden die geplanten Kosten dann noch mit umgelegt.

Herr Loth fragte, ob es bei verschiedenen Schulen (Dienstaufwendungen für Beschäftigte) viele Bundesfreiwilligendienstleistende gibt?

Herr Grabner antwortete, dass wir insgesamt ca. 40 Bundesfreiwilligendienstleistende haben, diese sind insbesondere in den Schulen untergebracht.

Frau Wähnelt ergänzte, dass wir 76 besetzbare Plätze haben, 28 sind momentan besetzt. Wir lassen uns immer 13 Reserveplätze genehmigen, denn wenn einer im Jahr aufhört, kann

noch nicht der nächste besetzt werden. Dafür gibt es diese Reserveplätze. 7 Plätze sind momentan von einzelnen Einrichtungen nicht erwünscht, da diese Personen auch betreut werden müssen.

Herr Loth fragte zur Kreismedienstelle, obwohl hier zwei Standorte weniger sind, werden 6.000 Euro Mehraufwendungen geplant, wie kommt das?

Frau Ludwig erklärte, dass dies die einzelnen Anteile durch ihre Stelle als Fachbereichsleiterin darstellt.

Seite 482 – 27040.41600 Beschäftigungsentgelte und dgl.

Auch in der Förderschule in Zerbst gab es einen Aufwuchs bei den Beschäftigungsentgelten.

Herr Loth fragte nach dem Grund?

Frau Wähnelt antwortete, dass die Antwort nachgereicht werden muss.

Zum Schulschwimmen fragte **Herr Loth**, warum der Ansatz hier erhöht wurde?

Frau Ludwig antwortete, dass sich der Bedarf nicht geändert hat, allerdings wurde die Nutzungsgebühr im Bereich Bitterfeld-Wolfen erhöht, von bisher 230 Euro/Kind auf 315 Euro. Daher mussten diese Kosten eingeplant werden.

Seite 521, 46120.41400 – Dienstbezüge für tariflich Beschäftigte

Herr Loth fragte auch hier nach den Gründen für das Minus von 35.000 Euro.?

Frau Ludwig antwortete, dass hier von 2025 zu 2026 eine Steigerung enthalten ist.

Herr Grabner fragte, ob die Bedarfe an Erziehungsberechtigten leicht gestiegen sei und die VZÄ angepasst wurden?

Frau Wähnelt sagte, dass die Antwort nachgereicht wird.

Frau Zoschke sagte, dass viel über das Gymnasium Bitterfeld diskutiert wurde, u. a. wurde auch eine statische Untersuchung veranlasst. **Frau Zoschke** sagte, dass dieser Punkt im Plan fehle, wie es weitergeht mit dem Gymnasium. Jetzt ist eine Verschattungsanlage für 3.800 Euro eingestellt, das Gleiche für die Sekundarschule Raguhn, da kostet es aber 390.000 Euro. Warum dieser große Preisunterschied? Weiter wurde oft darüber diskutiert, dass die Helene-Lange-Schule „fitter“ gemacht werden soll, auch hierfür fehlt im Haushalt der Ausblick, was dieses Thema betrifft.

Herr Grabner sagte, dass hierzu in der morgigen Budgetberatung gesprochen wird, wenn der Bereich 68 an der Reihe ist.

Zum Gymnasium Bitterfeld sagte **Herr Grabner**, dass momentan die Befahrungen der Kanalisation abgeschlossen werden. Es wurde festgestellt, dass die vorhandenen Pläne lückenhaft sind und Kanäle teilweise marode sind, so dass bestimmte Setzungserscheinungen durch die Vernässung der undichten Rohre herbeigeführt wurde. Der letzte Abschnitt muss noch befahren werden, anschließend daran wird ein Konzept erstellt, wie der Bereich unterirdisch saniert wird.

Zu den Verschattungsanlagen sagte **Herr Grabner**, dass in Raguhn die gesamte Sonnenseite bedacht ist, am Gymnasium wird es nur ein oder zwei Räume betreffen. Für die Helene-Lange-Schule ist geplant, aus den Mitteln des Sondervermögens entsprechende Zahlungen zu tätigen (undichtes Dach reparieren, Kellersanierung).

Es gab keine weiteren Fragen.

Budget 41 – Schule, Kultur und Sport – Kultur (Seite 524 – 567)

Frau Ludwig gab umfangreiche Informationen über das Budget.

Zum Einsparpotenzial sagte **Frau Ludwig**, dass es auf der Aufwandseite sehr begrenzt sei, aber möglich sind Verbesserungen auf der Ertragsseite, z. B. durch Gebührenerhöhungen bzw. Reduzierung von Ermäßigungssätzen, Änderungen der Gebührensatzung sind für 2026 vorgesehen.

Bei den strategischen Effizienzsteigerungen wird aktuell geprüft, ob das Unterrichtsangebot an den Musikschulen verbessert werden kann, ob in den Kreisvolkshochschulen eine höhere Teilnehmerzahl je Bildungsveranstaltung erreicht werden kann (durch mehr Öffentlichkeitsarbeit), das Programmangebot könnte weiter ausgebaut werden, um eine höhere Attraktivität zu erreichen.

Im Fachbereich Kultur besteht die Möglichkeit die Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern und Synergieeffekte zu nutzen, um Besucher und Ausstellungsprojekte in alle Einrichtungen gleichermaßen zu ziehen.

Herr Heeg fragte, ob die Möglichkeit besteht, dass der Gampenwettbewerb unterstützt werden kann? Ist es möglich, dass Ergebnis des 23iger Wettbewerbes auf die Webseite zu stellen?

Weiter fragte **Herr Heeg** zum Museum Synagoge Gröbzig (Seite 538), warum hier die Einnahmen vollständig fehlen?

Frau Ludwig sagte, dass es in der weiteren Planstufe bereits ergänzt und eingearbeitet sei. Der 10 %ige Zuschuss des Landkreises ist aber beibehalten, dann haben wir den 10 %igen Zuschuss der Stadt Südliches Anhalt und die 80 %ige Förderung des Landes.

Herr Lucas ergänzte, dass bereits am Montag zur ersten Haushaltsberatung eine Veränderungsliste ausgegeben wurde, worunter unter der Position Synagoge Gröbzig die Änderungen aktuell eingearbeitet sind.

Zum Gampenwettbewerb sagte **Herr Grabner**, dass sich mit dieser Thematik befasst wurde und man ist zu dem Entschluss gekommen, dass es eine kleine Nische betrifft, die nicht groß im Fokus der Öffentlichkeit stand. Für diesen Wettbewerb wurden ca. 60.000 Euro bezahlt zzgl. Schließung von 10 Tagen der gesamten Musikschule. Man ist zu dem Entschluss gekommen, diesen nicht mehr finanziell zu unterstützen.

Frau Buchheim sagte, dass es hier immer einen Eigenanteil gibt. Sie sieht diese Aufgabe schon beim Landkreis; wir zahlen eine Kreisumlage und es wollen alle dran partizipieren, dass kulturelle Veranstaltungen durch den Landkreis in allen Kommunen stattfinden. Die Stadt Köthen macht den Bach-Abel-Wettbewerb, und hier war es ein Projekt des Landkreises mit entsprechend weiter Ausstrahlung, es gab einen großen Protest aus der Musikszene, dass der Landkreis sich hier herauszieht.

Frau Buchheim beantragte, dass der Landkreis dieses Projekt weiter finanziert, denn die Mittel stehen vom Land zur Verfügung; 2026 nicht mehr, weil das nicht abgefordert, nicht geplant war. Aber für 2027 steht dem nichts im Wege.

Herr Grabner bat darum, diesen Antrag – wenn es dazu kommen sollte – abzulehnen, denn die Veranstaltung betrifft nicht die Allgemeinheit des Landkreises. Ja, wir haben eine kulturelle Verpflichtung, der wir sehr intensiv nachkommen, aber nicht mittels eines Wettbewerbes, wo teure Juroren aus aller Welt einfliegen, wir Unterkunft, Kost und Logis bezahlen (ca. 95.000 Euro) und das Interesse der Öffentlichkeit lag bei maximal 20 Personen.

Frau Buchheim sagte, dass darüber bereits diskutiert wurde, das Ganze ökonomischer betrachtet werden kann und die Digitalisierung eine große Rolle spielt. Hier können über digitale Formate Kosten gespart werden.

Hierauf antwortete **Herr Grabner**, dass bei Kostenneutralität der Wettbewerb gerne wieder stattfinden kann.

Herr Loth griff das Thema auf und sagte, dass sehr gerne im Fachausschuss darüber noch einmal gesprochen werden kann und dass möglicherweise eine Lösung gefunden wird, die die Stadt Köthen und den Landkreis überein bringt.

Seite 528, Kreismuseum Bitterfeld, SK 501200 – Dienstaufwendungen für Arbeitnehmer

Hier fragte **Herr Loth**, warum die Dienstaufwendungen um 50.000 Euro sinken?

Frau Ludwig antwortete, weil es eine Person weniger ist. Dies hat die Strukturveränderung ergeben, es sind 2 Fachdienste miteinander verschmolzen und damit ist die Personalstelle des vormaligen Fachdienstleiters entfallen.

Herr Grabner ergänzte, dass es kleinere Abstriche im Angebot geben wird.

Seite 530, SK 527157 – Aufwendungen für Veranstaltungen/Ausstellungen

Hier steigen die Aufwendungen für Veranstaltungen. **Herr Loth** fragte, ob mehr Veranstaltungen geplant sind?

Frau Ludwig antworte, dass sich hierhinter das Festival Osten verbirgt. Dieses wird hier geplant, durchgeführt wird es von einem anderen Fachbereich.

Herr Grabner sagte, dass der Punkt geklärt wird.

Seite 534, Industrie- und Filmmuseum

Herr Loth fragte, warum hier so wenig Einnahmen generiert werden? Wie viele Karten wurden verkauft, wurde Werbung gemacht, können die Besucherzahlen aufgeschlüsselt werden in Wochen, Ferien, etc.? Diese Antworten können gerne im Kultur- und Tourismusausschuss besprochen werden.

Weiter fragte **Herr Loth**, warum die Honorare um 4.000 Euro ansteigen?

Herr Grabner sagte, dass hier vielleicht zu hinterfragen wäre, ob es sich tatsächlich nur um die Faserausstellung handelt oder ob sich verschiedene Ausstellungen dahinter verbergen?

Frau Ludwig sagte eine schriftliche Antwort zu.

Herr Loth fragte, was die Sachverständigenkosten beim neuen europäischen Bauhaus von 281.000 Euro bedeuten? Wird hier eine Fördermittelakquise betrieben?

Frau Ludwig antwortete, dass es sich um eine 100 % Förderung handelt, das sind die 384.000 Euro, die sich im Ertrag widerspiegeln und die sind dann aufwandsseitig auf den einzelnen Kostenstellen beplant.

Weiter fragte **Herr Loth**, wo die Mieteinnahmen für Veranstaltungen im Filmmuseum zu finden sind, die nicht vom Landkreis angeboten werden?

Frau Ludwig antwortete, dass dies Antwort nachgereicht wird.

Seite 586, Kreismusikschulen, SK 432100 – Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte

Herr Loth fragte, wieso steigen die Benutzungsgebühren bei den Einnahmen? Diese steigen in Bitterfeld und Köthen, aber nicht in Zerbst, obwohl die Preise nicht erhöht wurden und auch die Schüler nicht mehr werden.

Frau Ludwig sagte, dass hier schon die Halbjahresumsetzung der Satzungsänderung im Planansatz enthalten ist. Es geht erst ab 01.08.2026, dass die Satzungsänderung eingebracht, beschlossen und auftreten kann, was hier aber schon eingearbeitet ist.

Herr Grabner geht davon aus, dass anhand der Entwicklungen in diesem Jahr die Hochrechnungen schon mit den neuen Zahlen ab der 2. Jahreshälfte vollzogen wurde und daher die vorsichtige Kalkulation entstand.

SK 526101 – Aus- und Fortbildung

Der Ansatz für Aus- und Fortbildung kommt **Herrn Loth** sehr wenig vor und fragt, ob wir damit auch wirklich auskommen?

Hier sagte **Frau Ludwig**, dass auch diese Position den aktuellen Ergebnisstand in 2025 widerspiegelt und daher nicht mehr eingeplant wird.

Die bisherigen gesonderten Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen sind nicht erläutert;

Herr Loth fragte, was sich hinter sich hinter den 3.500 Euro verbirgt?

Frau Ludwig sicherte eine gesonderte Antwort zu.

Bei Dienstreisen ist ein Plus von 8.000 Euro zu verzeichnen. Warum, fragte **Herr Loth**?

Frau Ludwig antwortete, dass wir viele Musikschullehrer haben, die zwischen den Standorten pendeln, daher diese Kosten.

Seite 556 ff. – Francisceumsbibliothek

Hier steigen auch die Dienstaufwendungen, warum?

Frau Wähnelt sagte, dass dies auch mit der Strukturveränderung zusammenhängt und dann sind Anteile von Mitarbeitern rausgegangen und die Personalkosten sind ggf. dann in anderen Produkten angegliedert.

Seite 545, SK 501901 – Künstlersozialabgabe, Honorare

Weiter fragte **Herr Loth**, ob keine abgabepflichtigen Veranstaltungen mehr gemacht werden?

Herr Grabner sagte, dass die Antwort nachgereicht wird.

Seite 566, 55000.71800 – Zuschüsse für laufende Zwecke an Sportverbände und Sportvereine

Warum steigen die Zuschüsse an Sportverbände um 5.000 Euro?

Frau Ludwig antwortete, dass die Zuschüsse von den Mitgliederzahlen abhängig sind, diese sind gestiegen.

52710-40001 – Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (Pokale)

Herr Loth fragte, was sich hinter dem Plus von 3.300 Euro verbirgt?

Herr Grabner sagte, dass die Antwort zugearbeitet wird.

Es gab keine weiteren Fragen.

Budget 30 – Recht/Kreisangelegenheiten

Frau Jung gab umfangreiche Informationen über das Budget.

Zur Frage nach dem Einsparpotenzial sagte **Frau Jung**, dass Einsparmaßnahmen für den Rechtsbereich an Grenzen stoßen, da die Aufgaben rechtlich zwingend und gesetzlich vorgeschrieben sind. Einsparungen von Personal würde die ordnungsgemäße Erfüllung von Aufsichtspflichten negativ beeinträchtigen, da der Fachdienst Recht mit der internen Rechtsberatung für rechtssichere Verwaltungsentscheidungen sorgt und Fehler verhindern soll, um den Landkreis vor Schadensersatz- und Haftungsrisiken zu schützen.

Strategische Steigerungsmöglichkeiten der Effizienz sieht **Frau Jung** im effektiven Personalansatz, es sollte an Weiterbildungskosten nicht gespart werden und sollte ein gutes Arbeitsklima herrschen (gut ausgestattete Arbeitsplätze, flexible Arbeitszeitenregelungen, etc.).

Frau Buchheim fragte zur geschaffenen Stelle hauptamtlicher Ermittlungsführer, was mit dieser Stelle passiert, wenn keine Fälle vorliegen würden?

Frau Jung antwortete, dass die Ermittlungsführerin für die nächsten 2 Jahre ausgelastet sei. Wenn sie das nicht mehr ist, kann die Ermittlungsführerin für andere Landkreise zur Verfügung gestellt werden und wir könnten so Einnahmen generieren.

Es gab keine weiteren Anfragen.

Herr Rosenfeldt gab umfangreiche Informationen über das Produkt Statistiken und Wahlen.

Es gab keine Fragen.

Punkt 9. Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Frau Zoschke sagte, dass das Budget 53 nirgends für die Besprechungen zu finden ist.

Herr Grabner sagte, dass das Budget 53 im Budget 39 integriert ist und am 13.11.2025 besprochen wird.

gez. Grabner
Vorsitzender des Kreis- und Finanzausschusses

gez. Henze
Protokollantin